

6. März 2010

Militärforschung an Uni Karlsruhe / KIT beenden. Zivilklauseln für KIT und alle Hochschulen in Baden-Württemberg.

Der DGB Nordbaden hat in seiner Vorstandssitzung Anfang dieser Woche die Forderung nach einer einheitlichen Zivilklausel (Forschung nur für friedliche Zwecke), für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) noch einmal bekräftigt, d.h. den Verzicht auf jegliche militärische Forschung. Diese Forderung wird in einem Internationalen Appell unterstützt, der von über 100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter dem Bürgermeister von Hiroshima unterzeichnet wurde. In dem Appell wird unter Bezug auf das Kernwaffenforschungsverbot die Besorgnis ausgedrückt, dass im KIT nunmehr Kernforschung (Campus Nord) und Waffenforschung (Campus Süd, Universität Karlsruhe) unter dem Dach einer verschmolzenen Institution angesiedelt sind.

Als notwendige Sofortmaßnahme wird von der Landesregierung sowie von Vorstand und Senat des KIT gefordert, das laufende Militärforschungsprogramm am Nachrichtentechnischen Institut der Universität zu beenden und gemäß den Vorgaben der Bundesregierung die kerntechnische Forschung der Universität in die für die Großforschung geltende Zivilklausel einzubeziehen.

Inzwischen hat der Senat der Universität Tübingen beschlossen, eine Zivilklausel in der Grundordnung der Universität zu verankern. Der DGB begrüßt diesen wegweisenden Beschluss und appelliert an alle Hochschulen in Baden-Württemberg, dem Tübinger Beispiel zu folgen.

Der DGB begrüßt, dass im Rahmen der Bildungsstreiks die Forderung nach einer Zivilklausel für alle Hochschulen aufgegriffen worden ist und Minister Franke beim Bologna-Kongress am 8. März in der Universität Stuttgart überbracht werden soll. Die Studierenden haben dafür die Unterstützung der Gewerkschaften.

Militärische Forschung, untrennbar mit Geheimhaltung verbunden, hat in öffentlich finanzierten und dem Gemeinwohl verpflichteten Lehr- und Forschungseinrichtungen nichts zu suchen. Die Ausrichtung auf ausschließliche Zivilforschung ist sichtbarer Ausdruck des Willens zu weltweiter Verständigung und zum Frieden.



Herausgeber:

DGB-Region
Nordbaden

Vorsitzender:
Stefan Rebmann

Bei Rückfragen:
Lars Treusch

Tel: 0621-150 470 11
Fax: 0621-150 470 15
E-Mail: lars.treusch@dgb.de
www.nordbaden.dgb.de